



debatte

Desertion ist Menschenrecht

In der Ukraine dürfen Männer im wehrfähigen Alter nicht das Land verlassen. Doch Nein sagen zum Töten ist ein Recht – selbst im Krieg

Sind herzergreifende Szenen. Ein Mann drückt seine kleine Tochter und seine Frau, die in einem Bus steigen, um zu fliehen vor dem Angriff Russlands, um Kiew, um die Ukraine zu verlassen. Es fließen Tränen, in dem Video, das in den sozialen Medien die Runde mache. Der Mann wird bleiben. Er muss. Das Land verteidigen gegen den Aggressor. Muss das so sein? Nein. Allein das archaische Geschlechterbild dahinter sollte zeigen, wie rückständig die Idee ist, irgendein Ziel durch Krieg zu erreichen. Frauen und Kinder werden in Sicherheit gebracht, während – oder besser gesagt: weil – sich Männer die Köpfe einschlagen. Auf Leben und Tod.

Selbstverständlich gibt es ein Recht auf Verteidigung. Das gilt für jede angegriffene Person. Und auch für einen Staat wie die Ukraine. Sie darf sich mit allem, was sie hat, dem russischen Überfall entgegenwerfen. Aber resultiert daraus eine Pflicht zur Verteidigung? Nein.

Selbst ein gerechter Krieg ist immer noch ein Krieg. Und Soldaten sind Mörder. Immer

In der Ukraine aber gibt es sie, wie in vielen anderen Staaten auch. Seit dem Angriff Russlands dürfen männliche Staatsbürger zwischen 18 und 60 Jahren das Land nicht mehr verlassen, um für die Verteidigung herangezogen werden zu können. Wer es doch versucht, dem droht die Festnahme. Der ukrainische Grenzschutz meldete wiederholt, dass Mobilisierungsvorweiger an der Grenze festgenommen und den Militärbehörden überstellt wurden. Wer Nein sagt, ist illegal. Ein Deserteur. In Russland müssen junge Wehrpflichtige in den Krieg ziehen, teilweise ohne zuvor darüber informiert worden zu sein. Deserteuren wird außers Acht bestraft – russische Deserteure haben darum Anspruch auf Asyl in der EU.

Als Pazifist hatte man es in der Ukraine schon vor der Generalmobilmachung nicht leicht. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gab es allenfalls für Mitglieder religiöser Gruppen. Wer sich bei seiner Gewissensentscheidung nicht auf einen besonders rigiden Gott berufen konnte, dem blieben nur Trickserien oder Korruption, um der Einberufung zu entgehen.

Mit dem Einnmarsch der russischen Truppen bleibt ukrainischen Kriegsgegnern per Gesetz der Ausweg ins Ausland verwehrt. Sie müssen sich zu dem dem nationalen Verteidigungstaumel entgegenstellen. Hier geht es schließlich um Kiew, um Charkiw, um die Heimat, das Vaterland. Europa. Die Demokratie. Diesen heldenhaften Präsidenten im T-Shirt, der die Russen mit Selfievideos schlägt. Der mit bewundernswertem Pathos fast die gesamte Welt hinter sich versammelt. Aber muss man da mitaummen? Nein.

Selbst ein gerechter Krieg ist immer noch ein Krieg. Und Soldaten sind Mörder. Immer. Auch im Verteidigungsfall. Denn es gibt immer auch einen anderen Weg. Weggehen zum Beispiel. Nein sagen. Desertieren.

Das ist alles andere als verantwortungslos. Jeder, der sich dem Töten verweigert, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er nicht noch mehr Leid zugelassen hat. So wie sich jeder Soldat fragen lassen muss, ob er mit seinem Tun tatsächlich Gewalt verhindert hat. Auf dieses moralische Dilemma kann es keine allgemeingültige Antwort geben.

Doch wenn niemand Nein sagt, dann werden die Straßenbahnen wie sinnlose glanzlose glasäugige Käfige blöde verbaut und abgeblättert neben den verwirrten Stahlknochen der Drähte und Gleise liegen, hinter morschen katerzerrissenen Schuppen, in verlorenen craterzerrissenen Straßen. Das schrieb Wolfgang Borchert 1947 in seinem „Sag Nein“-Manifest. Es liest sich, als beschreibe er die aktuelle Lage in Charkiw.

Und deshalb ist Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht. Keins, das in der 1948 verabschiedeten UN-Charta verankert wurde. So weit wollten die beteiligten Staaten selbst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gehen.

Die größte Sorge eines auf militärische Macht setzenden Regierenden lautet: Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin. Ein Deserteur allein wird die Welt nicht ändern. Aber Tausende? Milliarden? Darin liegt die kleine, utopische Chance des Pazifismus – auch wenn er aktuell Lichtjahre davon entfernt scheint, ein Comeback zu feiern.

Ist eine solche Scheit in Deutschland überhaupt angemessen? Wenn es um die Gewissensentscheidung der Ukrainer geht, sicher nicht. Die kann und muss jeder für sich vor Ort treffen. Doch mit der Lieferung von Waffen an die Ukraine ist Deutschland längst Kriegspartei. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat bereits über die Einberufung von Reservisten nachgedacht. Und mit der aktuell debattierten Wiedereinführung der Wehrpflicht würde auch die deutsche Jugend bald wieder vor der charakterbildenden Frage stehen: Kriegsdienst mit der Waffe – ja oder nein?

In der Bundesrepublik hat Kriegsdienstverweigerung eine kleine Tradition. Im Grundgesetz war sie von Beginn an verankert, gesellschaftlich akzeptiert wurde sie aber erst nach langen politischen Kämpfen in den 1970ern und 80ern. Bis Wehrmachtdeserteure rehabilitiert wurden, hat es weitere Jahrzehnte gedauert. Immerhin hatten sie das Glück, als Soldaten im Zweiten Weltkrieg auf der falschen und somit mit ihrer Desertion auf der richtigen Seite gestanden zu haben. Andernfalls dürfte ihnen bis heute gesellschaftliche Anerkennung verwehrt geblieben sein.

Das Ringen um den Umgang mit deutscher Kriegsgeschichte hat Parteien wie SPD und Grüne geprägt. Es war der entscheidende Grund der Bundesregierung, so lange wie möglich Nein zu sagen, zu Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch wenn die Ampel am Ende zu einem anderen Ergebnis gekommen ist, sollte sie größtes Verständnis haben für alle, die standhaft bei ihrem Nein bleiben. Und das kann nur einen dringenden Appell bedeuten an die ukrainische Regierung, alle Kriegsdienstverweigerer umgehend ausreisen zu lassen.

Denn kein Staat, nicht einmal der theoretisch perfekte, sollte Menschen zwingen, ihr Leben für ihn aufs Spiel zu setzen. Und ers recht nicht, für ihn zu töten.

Tobias Schulze über das Grüne Zögern vor dem Appell zum Verzicht

Abstand zur Askese

Der Veggie-Day liegt fast ein Jahrzehnt zurück, trotzdem wirkt er bei den Grünen nach. Während des Bundestagswahlkampfs 2013 forderte die Partei einen fleischlosen Tag pro Woche in öffentlichen Kantinen. Wind auf den Mühlen von CDU und Bild für den Start einer Kampagne: Die Grünen wollen uns das Fleisch verbieten!

Die Wahl ging in der Folge verloren, das Trauma sitzt tief – und wirkt bis zur Frage, wie auf Russlands Krieg in der Ukraine zu reagieren ist. Um Verzicht zu bitten oder ihn durch staatliche Maßnahmen gar einzufordern: Nach dem Veggie-Day sind die Grünen vorsichtig geworden. In der Klimapolitik war das zuletzt am häufigsten zu beobachten. Man will nicht der Spielverderber sein, sondern gesellschaftliche Mehrheiten durch die Suggestion schaffen, dass jeder sein Leben in der gewohnten Form weiterleben könnte und die Welt allein durch richtige Rahmenbedingungen und technische Innovationen gerettet werde.

Dass Russland auf deutsches Geld verzichten müsste, wäre mittelfristig

zu erreichen aber nur durch eine Verbrauchsreduzierung, sprich einen Importstopp oder durch staatliche Vorgaben in einzelnen Bereichen wie einem Tempolimit. Oder aber durch PR-Kampagnen und Aufforderungen zum freiwilligen Verzicht. Heizung runter gegen Putin – jenseits des Prekarats müsste da in einigen deutschen Haushalten noch Spielraum sein. Nichts davon übernimmt die Bundesregierung.

Die Argumente gegen den Boykott sind massiv. Eine Rezession wäre garantiert, und umstritten ist unter Expert*innen nur, wie gravierend sie ausfälle. Ein Boykott würde den Preisanstieg beschleunigen und die Industrie müsste die Produktion runterfahren.

Wenn dennoch jemand die Verbrauchsreduktion vorantreiben könnte, dann die Grünen. Aber die halten Abstand von allem, was nach Askese klingt. Tatsächlich deuten Umfragen auf große Zustimmung für einen Boykott, sogar die Union könnte sich diesmal anschließen. Und die Grünen? Versuchen die Mehrheit mit aller Kraft davon zu überzeugen, dass sie falsch liegt.

Sophia Boddenberg über den Amtsantritt von Gabriel Boric

Neue Ära in Chile

Mit Tränen, Jubelrufen und Applaus erwarteten Hunderte Fans den neuen Präsidenten Chiles am Samstagabend vor seiner Haustür, um ein Selfie mit ihm zu machen oder ihm Geschenke und Briefe zu übergeben. Es ist das erste Mal, dass ein Staatschef in einem Arbeiterviertel im Stadtzentrum von Santiago lebt, anstatt in einer abgeschotteten Villa. Und das ist nur eines von vielen Neuerungen, mit denen Gabriel Boric seine Amtszeit als Präsident einläutet.

Vor seiner Antrittsrede verbeugte er sich vor der Statue des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende, der 1973 beim Putsch ums Leben kam, als das Militär den Regierungspalast La Moneda bombardierte. „Niemand darf sich das in unserer Geschichte wiederholen“, sagte Boric. Tausende Menschen in allen Altersklassen jubelten ihm zu. Mit bunten Fahnen, Boric-T-Shirts und Plakaten waren sie zum Regierungsbau gekommen, um dem neuen Präsidenten zu lauschen.

„Boric, mein Freund, das Volk ist bei dir“, riefen sie. Die Reaktionen bei der Antrittsrede ähnelten denen des Publikums bei einem Rockkonzert – Kreischen inklusive. Straßensänger boten sogar Boric-Puppen an. „All meine Hoffnung ist bei dir, Präsident“, las man auf dem Plakat einer Frau im Publikum. Der neue Präsident steht für einen Zeitenwechsel: Sein Kabinett besteht mehrheitlich aus Frauen und er will vom neoliberalen Kurs der letzten Jahrzehnte abkehren. „Niemand“, sagt Boric mehrfach in seiner Rede.

Die Hoffnungen, die die Menschen in den neuen Präsidenten setzen, sind riesig. Und Boric hat viel versprochen: soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Frauenrechte. Aber all die Erwartungen zu erfüllen wird keine leichte Aufgabe sein. Der jüngste Präsident Chiles übernimmt die Regierung inmitten einer Pandemie, einer wirtschaftlichen Rezession und einer sich zusätzlichen Klimakrise. Und er hat keine Mehrheit im Parlament.

Die Indigenen erwarten Landrückgaben, die Student*innen kostenlose Bildung, die Arbeitnehmer höhere Löhne. Sie alle setzen große Hoffnungen auf den Mann aus dem Volk, der jetzt ganz oben steht.

Kommentar von Rudolf Balmer zu Macrons Spritpreis-Senkung

Populismus an der Zapsäule

Wenn das mal kein Geschenk für die unter steigenden Energiepreisen schärfenden Franzosen und Französinnen ist! Weniger als 30 Tage vor den Wahlen, bei denen sich Präsident Emmanuel Macron für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen lassen will, kündigt seine Regierung eine Senkung der Treibstoffpreise an der Zapfsäule um 15 Cent an. Das ist natürlich allein, die auf ihre Motorfahrzeuge angewiesen, höchst willkommen.

An den meisten Tankstellen haben Benzin und Diesel die Schwelle von 2 Euro pro Liter erreicht oder überschritten. Damit ist die Schmerzgrenze erreicht, die Staatsführung musste handeln. Noch hat sie in unguter Erinnerung, wie wegen der Treibstoffkosten die Gelbwesten-Protestbewegung entstand. Mit der politisch opportunistischen Preissenkung beim Auftanken löscht die Regierung das Feuer, bevor es brennt. Die Maßnahme ist aber auch demagogisch. Denn ihre längerfristigen Konsequenzen werden ausgebündelt. Niemand hört auf die Umweltschützer, die einwenden, aus klimapolitischen Überlegungen wären hohe Pkw-Fahrkosten durchaus sinn-

voll, um den Verkehr zu reduzieren.

Noch ist das Auto in Frankreich König auf der Straße. Gab es kein klügeres Mittel, die Kaufkraft vor der Inflation zu schützen oder wenigstens nur denen finanziell unter die Arme zu greifen, die das Auto für den Beruf oder aufgrund ihrer isolierten Wohnlage benötigen? Diese Frage hatte man schon gestellt, als Macron zum Beginn des Wahljahres an alle mit Gehältern oder Renten unter 2.000 Euro im Monat, aber ohne Blick auf das Vermögen, eine Pauschale von 100 Euro zum „Ausgleich“ der höheren Lebenskosten verteilen ließ.

Die Kaufkraft ist in Frankreich mit Abstand das wichtigste Anliegen der Wähler*innen. Macron will ihnen sofort und in bar etwas in Aussicht stellen. Doch solche Generositas kann kaum gratis sein. Die Staatskasse wird sich den Aufwand auf anderem (fiskalischem) Weg bezahlen lassen. Populär ist auch, dass der Präsident die Rundfunkgebühren abschaffen will. Mit dem Problem der Finanzierung öffentlicher Sender oder vorgesehener Privatisierung beschäftigt man sich lieber erst „danach“.